



Die beliebte Uni ist auch ein beliebter Arbeitgeber: Studenten in Berkeley, Kalifornien.

FOTO: CHIP CHIPMAN/BLOOMBERG NEWS

Jung, brillant – und im Ausland

Jedes Jahr verlassen rund 25 000 hochqualifizierte Fachkräfte die Bundesrepublik, weil ihnen anderswo mehr geboten wird. Inzwischen bemühen sich mehrere Organisationen, diesen Trend umzukehren. Das ist nicht einfach

VON KATHRIN WERNER

San Francisco – Die Begrüßungsformel ist endlos. „Sehr geehrte Ministerin, sehr geehrte Staatssekretärin...“, sagt die Rednerin. „Sehr geehrter Präsident der Hochschulkonferenz, sehr geehrte Generalsekretärinnen und Generalsekretäre, sehr geehrte Teilnehmer...“ Titel um Titel, Name um Name, nach Wichtigkeit geordnet. Cindy Ast sitzt im Publikum und grinst. „Das war so typisch Deutsch“, sagt sie. „Nach all der Zeit in Amerika bin ich das nicht mehr gewöhnt.“ Ast ist Biophysikerin. Die 32-Jährige forscht an der Carnegie Institution for Science an der Stanford University in Kalifornien daran, wie man Varianten fluoreszierender Proteine in Pflanzen einbringen kann, um für das menschliche Auge unsichtbare Vorgänge sichtbar zu machen.

Ast hat die besten deutschen Adressen in ihrem Lebenslauf: Max-Planck-Institut, Fraunhofer-Gesellschaft, Deutscher Akademischer Austauschdienst. Sie hat einen Doktor in Physikalischer Chemie, summa cum laude, spricht vier Sprachen und war für Praktika in Australien und England. Und sie ist weg. Weg aus Deutschland. „Ich habe hier alle Möglichkeiten und komme schneller voran“, sagt sie. „Die Leute sind nett und viel offener, es gibt mehr Austausch. In Deutschland habe ich manchmal etwas alleine dagestanden.“ Wenn sie bei einem Problem nicht weiterkommt, fragt sie hier in Stanford einfach Kollegen oder die Professoren. Jeder antwortet sofort auf E-Mails. Jeder redet mit jedem, sagt sie. „Und ich liebe Kalifornien.“

Ast ist einer der Menschen, für die alle die Ministerinnen, Präsidenten und Rektoren nach San Francisco zu Jahrestagung des German Academic International Networks (GAIN) geflogen sind. Sie wollen junge Forscher wie Ast zurück nach Deutschland locken. Die kann sich zwar vorstellen, irgendwann zurückzukehren, wegen der Familie, der besseren Krankenkasse und sozialen Absicherung. Die Deutschen brauchen aber gute Argumente. Cindy Ast ist seit fast zwei Jahren hier, fährt gern Fahrrad mit Blick auf den Pazifik. „Ich bin ein Sommertyp“, sagt sie. „Und im Silicon Valley trifft man überall interessante Leute.“

„Für die Besten ist das deutsche Forschungssystem nicht attraktiv genug.“

Deutschland verliert pro Jahr rund 25 000 Staatsbürger durch Abwanderung – vor allem junge, gut Qualifizierte. Der sogenannte Brain-Drain betrifft viele Fachgebiete. So haben zum Beispiel rund 19 000 Ärzte in den vergangenen zehn Jahren das Land verlassen. Obwohl auch Menschen zuwandern, verliert Deutschland Wissenschaftler – und die Rückkehrer publizieren weniger als die Abwanderer, kritisiert die Expertenkommission Forschung und Innovation: „Insbesondere für die Besten scheint das deutsche Forschungssystem derzeit nicht attraktiv genug zu sein.“

US-Unternehmen, besonders im Silicon Valley, werben die Besten direkt von den Universitäten ab – Google oder Facebook ist es egal, woher sie kommen. Auch ameri-

kanische Universitäten suchen weltweit. „Viele holen ihre Wunschkandidaten vom Flughafen ab, zeigen ihnen die Stadt, laden sie zum Dinner ein, stellen Kollegen vor und suchen eine Stelle für den Partner“, sagt Sabine Jung, Geschäftsführerin der German Scholars Organization (GSO). „In Deutschland fühlen sich viele Wissenschaftler eher wie Bittsteller. Sie haben um 10.30 Uhr zum Vorstellungstermin zu erscheinen, sollen häufig die Reisekosten selber tragen und dann dauern die Bewerbungsverfahren Jahre.“ Die meisten, die sie bei den GAIN-Konferenzen trifft, kehren nicht zurück nach Deutschland – obwohl sie ja kommen, weil sie rückkehrwillig sind.

Die GSO, ein gemeinnütziger Verein, unterstützt deutsche Akademiker bei der Rückkehr und stellt Universitäten Geld zur Verfügung, um Top-Wissenschaftler abwerben zu können – unter anderem für Reisekosten. „Deutschland kann es sich nicht leisten, Top-Talente auszubilden, sie mit Stipendien ins Ausland zu schicken und sie dann zu verlieren“, sagt Jung. Für die jungen Wissenschaftler im Ausland ist es schwer, von deutschen Jobs überhaupt zu erfahren, wenn sie kein Netzwerk mehr in Deutschland haben. Sie müssten sich dauernd durch Dutzende Websites klicken.

Rund 5000 deutsche Akademiker arbeiten an Hochschulen in den USA, 20 000 weitere an Forschungseinrichtungen. Dort haben sie mehr Sicherheit als in Deutschland, wo die Entscheidung, ob jemand im wissenschaftlichen System bleiben kann, erst sehr spät fällt: meist erst mit Anfang 40. Es gibt vor allem im Vergleich mit den USA wenige Professuren und fast alles,

was Universitäten davor bieten, sind befristete Stellen. Wer Professor werden will, muss sich zudem beweisen, vor allem durch möglichst viele Veröffentlichungen. In einer Zeit, in der junge Wissenschaftler Familien gründen wollen, müssen sie mit langen Arbeitszeiten, ständiger Unsicherheit, häufigen Umzügen und schlechten Gehältern leben. In den USA gibt es Stellen, bei denen schon Jahre im Voraus feststeht, dass der Wissenschaftler einmal Professor wird, wenn er nichts falsch macht. Tenure Track nennt man das.

Wer eine Professur anstrebt, lebt Jahre in Ungewissheit. In den USA ist das anders

70 Aussteller, darunter Universitäten aus dem ganzen Land, Forschungseinrichtungen wie das Max-Planck-Institut und Unternehmen wie Zeiss, KWS Saat oder Boston Consulting werben bei GAIN um die Leute, die Deutschland zurückhaben will. Manche Jungwissenschaftler tragen Anzug und Krawatte für den Anlass, andere sind in T-Shirt und Rucksack unterwegs. Massachusetts Institute of Technology, ETH Zürich oder Stanford University stehen auf ihren Namensschildern. Sie haben Praktika bei der US-Raumfahrtbehörde Nasa gemacht, forschen an winzigen Robotern oder Raketenantrieben, wollen Alzheimer heilen oder bessere Batterien für Elektroautos entwickeln. Auf der Konferenz hören sie zu, wie die Politiker ihnen erklären, wie viel besser es für junge Wissenschaftler inzwischen in Deutschland ist.

„Der Weg zurück nach Deutschland lohnt sich“, sagt etwa Cornelia Quennet-Thielen, Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung. Besonders die Exzellenzinitiative habe sich als Erfolg entpuppt. Mit rund 540 Millionen Euro hat das Programm seit 2006 die Spitzenforschung an deutschen Unis unterstützt. Die Zahl wissenschaftlicher Publikationen an den Universitäten der Exzellenzinitiative ist stark gestiegen, in den Fächern Physik und Chemie zum Beispiel um 43 Prozent zwischen 2002 und 2013. „Das Programm kennt man auch im Ausland, es hat die deutsche Spitzenforschung international bekannter gemacht“, lobt Quennet-Thielen. Es sei Geld da für Wissenschaft in Deutschland. Der Haushalt ihres Ministeriums habe sich in zehn Jahren mehr als verdoppelt.

Aber es genügt nicht. „Vieles ist besser geworden in den vergangenen 15 Jahren, vor allem gibt es inzwischen ein Bewusstsein, dass wir in einem weltweiten Wettbewerb stehen“, sagt Jung von der Rückkehrer-Organisation GSO. „Aber die Strukturen haben sich noch nicht genug geändert. Deutschland darf sich auf dem Erreichten nicht ausruhen.“ In diesen Monaten tut sich etwas. Der Bund hat beschlossen, die Exzellenzinitiative über 2017 hinaus zu verlängern. Auch bei den kurzfristigen Verträgen soll sich etwas ändern. Das Bundeskabinett hat gerade einen Gesetzentwurf verabschiedet, der verlässlichere Karrierewege ermöglicht und das verhasste Wissenschaftszeitvertragsgesetz verbessern soll. Doch genug Stellen mit Tenure Track wird es auch in Zukunft nicht geben.

Hilfe bei Pfusch

Bundesjustizminister Heiko Maas will das Bauvertragsrecht und die Mängelhaftung verbessern

Berlin – In den eigenen vier Wänden zu leben – davon träumen viele Deutsche. Doch der Weg zum Eigenheim ist schwer, vor allem, wenn ein Haus neu gebaut wird oder ein altes Gebäude komplett renoviert wird. Dann müssen die Bauherren oder Baufrauen die geeigneten Handwerker finden, und dann gibt es nicht selten Ärger, weil später Baumängel auftauchen oder Termine nicht eingehalten werden. Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) will deshalb den Verbrauchern mit einem neuen Gesetz helfen und damit das Bauvertragsrechts und die Mängelhaftung verbessern.

In dem Gesetzesentwurf, den das Ministerium am Donnerstag an die Verbände weiterleitet, heißt es: Wesentliche Fragen des Bauvertragsrechts seien „nicht gesetzlich geregelt, sondern der Vereinbarung der Parteien und der Rechtsprechung überlassen“. Dies sei vor allem für bauwillige Verbraucher „problematisch, da sie in der Regel nicht die Verhandlungsmacht haben, um für sich günstige Vertragsbedingungen auszuhandeln“.

Schon im Koalitionsvertrag hatten Union und SPD deshalb Verbesserungen vereinbart. Speziell für klassische Häuslebauer (und nicht für Investoren, die mit Immobilien Geld verdienen) hat das Ministerium nun ein Paket von Änderungen für das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) geschnürt. Die Vorschläge reichen dabei weit: So werden Unternehmer verpflichtet, „dem Verbraucher vor Vertragsabschluss eine Baubeschreibung zur Verfügung zu stellen“. Diese gehört künftig grundsätzlich zum Bauvertrag, der auch verbindlich regeln muss, wann der Bau vollendet sein soll. Justizstaatssekretär Ulrich Kelber begründet dies so: „Verbraucher, die sich den Traum vom Eigenheim erfüllen, gehen dabei oft an die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Resilienz.“ Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München. Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de



Nicht immer läuft der Hausbau reibungslos.

FOTO: CARSTEN REHDER/DPA

sources. Schon eine Überschreitung der Baukosten von zehn oder 15 Prozent kann für sie zu ganz erheblichen finanziellen Schwierigkeiten führen.“ Für dieses Risiko soll das Gesetz besseren Schutz bieten.

Wer als Privatperson ein Haus baut, soll künftig auch das Recht erhalten, den Bauvertrag innerhalb von 14 Tagen nach Vertragsabschluss zu widerrufen. Außerdem müssen die Bauleute und die eingeschalteten Baufirmen Obergrenzen für die Zahlung von Abschlägen vereinbaren. In dem Entwurf heißt es dazu, die vor der Fertigstellung gezahlten Abschläge dürften „90 Prozent der vereinbarten Gesamtvergütung einschließlich der Vergütung für

Mehrleistungen nicht übersteigen“. Unternehmer könnten damit „die letzten zehn Prozent der Vergütung erst nach Vollendung und Abnahme des Werks verlangen.“ Kelber verspricht: „Schwarze Schafe, unseriöse Anbieter in der Baubranche sollen es künftig schwerer haben.“

In dem geplanten Gesetz werden aber auch Haftungsfragen neu gelegt. Richtschnur sind dabei Grundsatzurteile des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesgerichtshofs. Vorgesehen ist nun, die Rechtsposition von Handwerkern und anderen Unternehmen zu verbessern. Kaufen und verwenden sie mangelhaftes Baumaterial, sind sie verpflichtet, dies auszu-

bauen und fehlerfreie Teile einzubauen. Von dem Verkäufer können sie nach geltendem Recht aber nur die Lieferung des neuen Materials verlangen. Die Aus- und Einbaukosten müssen sie meist tragen. Das wird mit dem Gesetz geändert. „Handwerker sollen nicht pauschal auf den Folgekosten von Materialmängeln sitzen bleiben müssen. Sie können deshalb auf den Händler zurückgreifen, und der wiederum auf den Hersteller des fehlerhaften Materials“, sagt Kelber.

Auch Ingenieuren und Architekten will das Justizministerium helfen. In dem Gesetzentwurf heißt es dazu, diese müssten eine Berufshaftpflichtversicherung abschließen. Dies führe „zunehmend dazu, dass sie vom Besteller in vollem Umfang für vom bauausführenden Unternehmer mit zu verantwortende Herstellungsmängel in Anspruch genommen werden“. Ein Ausgleichsanspruch sei aber beim Bauunternehmer häufig nicht durchzusetzen. Gehe dieser pleite, werde dieser Anspruch womöglich „vollständig wertlos“. Das Ministerium plant nun eine Vorschrift, die die Bauunternehmen verpflichtet, die fehlende Leistung nachträglich zu erfüllen.

Das Kabinett soll das Gesetz Ende des Jahres billigen. Kelber ist zuversichtlich, dass es bei Verbänden und Ländern ein positives Echo gibt, „weil wir die Lasten fair verteilen haben“. Klappert alles wie geplant, wird das Regelwerk im Sommer 2016 in Kraft treten. Unternehmen und Verbraucher haben dann sechs Monate Zeit, sich darauf einzustellen. Von 2017 an sollen die Vorschriften dann tatsächlich gelten. Kelber hält es für „sehr riskant, ohne Beratung einen Bauvertrag für ein Eigenheim abzuschließen. Wir empfehlen, sich beraten zu lassen, statt hier am falschen Ende zu sparen“, sagt er. THOMAS ÖCHSNER

UNTERNEHMEN

Caterpillar baut Stellen ab

Bangalore – Der weltweit größte Baumaschinen-Hersteller Caterpillar verschärft seinen Sparkurs und streicht bis 2018 rund 10 000 Stellen. Durch den Abbau von etwa jedem elften Arbeitsplatz sollten die Kosten um 1,5 Milliarden Dollar jährlich gedrückt werden, teilte der US-Konzern am Donnerstag mit. Caterpillar habe mit einem schwierigen Marktumfeld in zentralen Branchen und wichtigen Regionen zu kämpfen, erklärte Vorstandschef Doug Oberhelman. Das Unternehmen aus Peoria im Bundesstaat Illinois senkte zudem zum zweiten Mal binnen zwei Monaten seine Umsatzprognose für 2015. Es peilt nun mit rund 48 Milliarden Dollar eine Milliarde weniger an als noch Ende Juli. Beim Stellenabbau macht Caterpillar Tempo: Rund 4000 bis 5000 Jobs sollen den Angaben zufolge bis Ende 2016 gestrichen werden. REUTERS

Kündigung geht vor Gericht

Papenburg – Der Streit um die geplante Kündigung des Betriebsratsvorsitzenden der Papenburger Meyer Werft, Ibrahim Ergin, landet vor dem Arbeitsgericht. Das Unternehmen werde die Aufnahme eines Verfahrens beantragen, sagte der Sprecher der Meyer Werft. Das ist nötig, da Betriebsratsmitglieder einen besonderen Kündigungsschutz haben und das Gremium der Kündigung nicht zugestimmt hat. Das Gericht muss die Vorwürfe prüfen, um zu entscheiden, ob eine fristlose Kündigung zulässig wäre. Die Werft wirft Ergin vor, junge Mitarbeiter unter Druck gesetzt zu haben, um sie zum Eintritt in die IG Metall zu bewegen. Insgesamt sechs Menschen hätten sich bei der Geschäftsführung beschwert, sagte der Sprecher der Werft. DPA

Proteste gegen Werkverträge

Leipzig – Die IG Metall will beim Thema Werkverträge den Druck auf den Gesetzgeber erhöhen, um Missbrauch vorzubeugen. Die Gewerkschaft habe nichts gegen Flexibilität, Werkverträge oder Leiharbeit an sich, sagte der Vorsitzende Detlef Wetzel am Donnerstag bei einer Kundgebung bei Porsche in Leipzig. „Wir wenden uns aber entschieden gegen Beliebigkeit, Willkür und die Mitnahme von Extraprofiten zu Lasten der Beschäftigten (...). Wir sagen: Schluss mit billig!“ An einem bundesweiten Aktionstag bei den Autobauern beteiligten sich mehrere zehntausend Beschäftigte. DPA

Ifo-Index steigt erneut

München – Die Stimmung in den Führungsetagen der deutschen Unternehmen hat sich im September überraschend aufgehellt. Das Barometer für das Geschäftsklima stieg leicht von 108,4 Zählern im Vormonat auf 108,5 Punkte. Von Reuters befragte Ökonomen hatten mit einem Rückgang auf 108,0 Zähler gerechnet. „Die deutsche Wirtschaft zeigt sich robust“, sagte Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn zur Entwicklung des deutschen Konjunkturbarometers. Die Firmenchefs beurteilten die Lage etwas schlechter, die Geschäftsaussichten dagegen optimistischer als im Vormonat. Die jüngsten Turbulenzen in China haben Sorgen vor einem Dämpfer für die exportabhängige deutsche Wirtschaft geschürt, zumal auch andere große Schwellenländer wie Brasilien und Russland in Schwierigkeiten stecken. REUTERS

Zehn Prozent, fertig

Professoren des Kronberger Kreises für neue Erbschaftsteuer

München – An diesem Freitag werden sich Bundestag und -rat wieder mit der Erbschaftsteuer herumschlagen müssen – ein undankbares Thema, weil sich hier so unterschiedliche Interessen und Positionen tummeln. Sicher ist nur: Das geltende Recht, das manche Unternehmen vor allem des Mittelstandes bevorzugt, hat nicht die Billigung des Bundesverfassungsgerichts gefunden und muss nachgebessert werden. Wobei die obersten Richter eine Bevorzugung von Betrieben zum Schutz von Arbeitsplätzen durchaus für zulässig halten, sie kritisierten aber die bisherige Konstruktion als undurchsichtig und ungerecht gegenüber jenen, die von der Erbschaftsteuerpflicht voll erfasst werden. Nun will die Politik wieder an den Schrauben des Systems drehen. Fragt sich nur: wie viel und an welchen Schrauben?

An diesem Freitag beraten Bundestag und -rat. Große Sorge bei den Familienunternehmern

Einfacher machen es sich da manche Familienunternehmer, die gleich die komplette Erbschaftsteuer abschaffen und (im besten Fall) dafür die Einkommensteuer erhöhen wollen. Die ist immerhin ertragsabhängig, während die Erbschaftsteuer eben auch anfällt, wenn der Laden schlecht läuft – was manche Familienunternehmen zum Aufstieg zwingen würde. Ebenfalls eine klare, wenn auch ganz andere Lösung schlagen nun die sechs Professoren des Kronberger Kreises vor, des wissenschaftlichen Beirats der überparteilichen Stiftung Marktwirtschaft. Der Kreis – ihm gehören die Mitglieder des Sachverständigenrats Lars Feld (Freiburg) und Volker Wieland (Frankfurt) ebenso an wie der künftige Ifo-Prä-

dent Clemens Fuest (noch Mannheim), der Ex-Vorsitzende der Monopolkommission Justus Haucau (Düsseldorf) sowie der Karlsruher Ökonom Berthold Wigger und die Juristin Heike Schweitzer (Berlin) – hält den Versuch namentlich von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), „minimalinvasiv“ nachzubessern, für kontraproduktiv. Das ergibt sich aus einer Studie, die kommende Woche veröffentlicht werden soll und der Süddeutschen Zeitung exklusiv vorliegt.

Die bisherigen Reformvorschläge würden, haben die Professoren durchgerechnet, die steuerliche Belastung von Vermögensübertragungen von Unternehmen erhöhen und damit Investitionen und Arbeitsplätze in Deutschland gefährden; genau dies befürchtet auch der deutsche Mittelstand, dessen Vertreter – das kann man ohne Übertreibung sagen – derzeit hochalarmiert sind.

Der Kronberger Kreis plädiert allerdings für einen Ansatz, der den Familienunternehmern auch nicht so recht schmecken wird, er lautet: gleiches Recht für alle. Anstelle von hohen Steuersätzen, die dann weitreichende Verschonungsregeln notwendig machen, wollen die Professoren eine „gerechte und effiziente Erbschaftsteuer mit niedrigen Steuersätzen für alle Erbschaften“ einführen; Freibeträge für Erbschaften von Normalbürgern und Stundungen in Härtefällen soll es weiter geben. Konkret wird ein einheitlicher Steuersatz von ungefähr zehn Prozent gefordert (statt wie bisher im Extremfall von bis zu 50 Prozent). Diese Neuordnung wäre „aufkommensneutral“, sie würde also den Bundesländern (an sie fließt die Erbschaftsteuer) genauso viel Geld einbringen wie bisher.

Wäre also eigentlich alles ganz einfach. Wenn die Politik nur wollte. MARC BEISE